

Protokoll der Ortsbeiratssitzung vom 23.01.2013

INGEGANGEN AM 15. APR. 2013

Beginn: 20:02 Uhr

Ende: 22:06 Uhr

Ort: Bürgerhaus Niederklein

Anwesende Ortsbeiratsmitglieder:

Herr Hartmuth Koch

Frau Maria März

Herr Andreas Goldbach

Frau Monika Brand

Herr Helmut Skitschak

Herr Markus Becker

Frau Carla Mönninger-Botthof

Herr Frank Richter

Herr Tobias Koch

Korr. Fassung!

Anwesende Stadtverordnete:

Herr Thomas Dzuiba

Herr Reinhard Kauk

Herr Friedhelm Wieber

Herr Winand Koch

Magistrat:

Herr Robert Botthof

Stadtverwaltung:

Herr Bürgermeister Christian Somogyi

Herr Klaus-Peter Riedl

Entschuldigt:

Herr Jürgen Berkei

Frau Uta Gruß

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls vom 18.01.2013

TOP 3 Erläuterungen zum Produkthaushalt 2013 durch Bürgermeister Christian Somogyi

TOP 4 Mitteilungen des Ortsvorstehers

TOP 5 Verschiedenes

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Ortsvorsteher begrüßt alle anwesenden Ortsbeiratsmitglieder, Stadtverordneten und das Magistratsmitglied zur bereits zweiten Sitzung des Ortsbeirates im Jahre 2013. Insbesondere

werden Herr Bürgermeister Christian Somogyi und Herr Klaus-Peter Riedl begrüßt, die den Produkthaushalt 2013 vorstellen werden. Dieser Tagesordnungspunkt wird der wesentliche Punkt der Sitzung werden.

TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls vom 18.01.2013

Da die letzte Sitzung des Ortsbeirates erst am Freitag zuvor war, war es nicht möglich das Protokoll dieser Sitzung den Mitgliedern des Ortsbeirates zukommen zu lassen. Daher wird das Protokoll vom Schriftführer verlesen. Anschließend erwähnt der Ortsvorsteher, dass er die Idee einer gemeinsamen Ortsbegehung hatte, die an diesem Termin durchgeführt wurde. Dies könnte ein guter und sinnvoller Brauch werden. Es sollte aber eher im Sommer stattfinden, da es dann eine bessere Sicht, insbesondere auf die Straßenverhältnisse, gibt.

Friedhelm Wieber erfragt noch einmal die Hintergründe des im Protokoll erwähnten Sachverhalts, welcher auf das Protokoll der Novembersitzung zurückgeht. Daraufhin erklärt der Ortsvorsteher die Veränderungen unter TOP 5. Der Bürgermeister stellt dar, dass in dem Protokoll stand, beim Umbau des Bürgerhauses sei das Dach beschädigt worden, was so nicht richtig war.

Auf eine Nachfrage von Andreas Goldbach erläutert der Ortsvorsteher noch den zweiten abgeänderten Punkt des Protokolls. Dabei handelte es sich darum, dass im Protokoll stand, bei den Nutzungszeiten der Bürgerhäuser würde sich etwas ändern und es solle die Möglichkeit der kurzfristigen Nutzung für Vereine bestehen. Dies wurde bei dem zugrundeliegenden Gespräch der Ortsvorsteher so nicht geäußert. Es solle vielmehr eine flexiblere Möglichkeit bestehen, aber nur in Rücksprache mit den Ortsvorstehern. Deshalb wurde der Passus herausgestrichen. In diesem Zusammenhang stellt der Bürgermeister dar, dass es bzgl. dieser Thematik sehr schwer sei, eine gemeinsame Regelung für alle Ortsteile zu finden.

Herr Wieber wies aber darauf hin, dass es ungünstig sei, gesagte Worte ersatzlos zu streichen. Auch Winand Koch betonte, dass in ein Protokoll das hinein gehört, was gesagt wurde und nicht das, was damit gemeint wurde. Im Nachhinein sollte nichts wesentlich geändert werden.

Andreas Goldbach stellte die positiven Dinge in den Vordergrund und merkt an, dass dadurch der Beweis geschaffen wurde, dass die Verwaltung die Protokolle tatsächlich liest.

Hartmuth Koch schildert, dass ein ersatzloses Streichen aber grundsätzlich nicht möglich sei, da es immer einen Ortsbeiratsbeschluss geben muss. Daraufhin erklärt der Bürgermeister, dass die Verwaltung die Protokolle immer liest und, dass der Ortsbeirat und die Stadtverwaltung enger zusammen arbeiten sollten.

Das Protokoll wurde sodann einstimmig genehmigt.

Somogyi

Der Ortsvorsteher erteilt dem Bürgermeister das Wort zur Vorstellung des Produkthaushalts.

Zuerst begrüßt Herr Somogyi alle Anwesenden und stellt dar, dass der Haushalt auf dem Stand vom 16.11.2012 ist. Es gab einige Modifizierungen, da zum ersten Mal Gespräche mit den Firmen Ferrero, Fritz Winter und Hoppe bezüglich deren Konjunkturaussichten geführt wurden. Die Resonanz diesbezüglich war rundum positiv. Ferrero hatte 2012 ein gutes Ergebnis, das aber durch die gestiegenen Rohstoffpreise an Glanz verloren hat. Die Firma Winter hingegen hat eine eher schwierige Wirtschaftssituation, da sie sehr abhängig von der Automobilindustrie ist. Bei Hoppe sind die Konjunkturaussichten ähnlich, wie bei Winter. Deshalb wurde der Haushalt nach korrigiert, wobei der Zeitplan zur Aufstellung des Haushalts, trotz dieser erstmaligen Gespräche, eingehalten werden konnte. Ein weiteres Treffen ist für April/Mai geplant.

Die Erträge der Stadt belaufen sich im Jahr 2013 auf ca. 75 Mio. €. Die Aufwendungen der Stadt betragen 2013 ca. 77 Mio. €, sodass ein Defizit von 1,38 Mio. € bleibt. Im Vorjahr lag das Defizit bei ca. 2 Mio € und somit um 600.000 € höher. Jedoch hat sich die Situation dadurch geändert, dass die Ausgaben der Stadt durch höhere Personalkosten im Bereich der U3 Kindergärten und durch erhöhte Umlagen des Kreises gestiegen sind. Letzteres sei mit einer Tankstelle vergleichbar, an der von einem Euro 60 Cent abgeschöpft werden. Deshalb müssen vermehrt kostenpflichtige Leistungen besprochen werden. Es gab z.B. einen Zuschuss für den Bäderbetrieb der Stadtwerke. Ebenso werden die Sportanlagen mit 0,78 Mio. € bezuschusst. Ferner geht der Bürgermeister auf die Wunschliste des Ortsbeirates ein.

Für die Sanierung von Bordsteinen und Teerdecken (Straßensanierung) sind im Haushalt 2013 insgesamt 805.000 € für das gesamte Stadtgebiet veranschlagt.

Für die Erneuerung des Stromkastens am Bürgerhaus waren im Haushalt 2013 1.500 € vorgesehen. Die Ausführung sollte im vierten Quartal 2012 erfolgen. Ferner hat die Stadt einen Kunstrasenplatz bezuschusst, für den im Haushalt 2012 15.000 € und im Haushalt 2013 90.500 € veranschlagt sind. Auf dem Friedhof wird zudem ein Rasengrabfeld errichtet.

Eine Verrohrung des Grabens am Friedhof entlang, schließt das Regierungspräsidium in Gießen aufgrund von Bestimmungen, die die Verrohrung von Gewässern grundsätzlich untersagt, aus. Auf Nachfrage von Friedhelm Wieber erklärt der Bürgermeister, dass auch ein Zuschütten des Grabens mit Verrohrung unter dem Deckmantel des Gehwegbaus ausgeschlossen ist. Andreas Goldbach weist darauf hin, dass dieser Wunsch durch die Friedhofserweiterung realisiert werden kann. Der Ortsvorsteher erklärt daraufhin den Grund für das Anliegen. Es ist in diesem Bereich kein Gehweg vorhanden, so dass Kinder gezwungen sind, auf der Straße zu laufen. Dies stellt eine enorme Gefahr

dar. Robert Botthof kritisiert die Aussage des RP, da es sich hierbei um kein Gewässer handelt. Vielmehr kommt das Wasser von der Straße und stellt daher Oberflächenwasser dar. Er bittet den Bürgermeister dies erneut abzuklären. Auch Winand Koch bittet um eine erneute Klärung und zügige Entscheidung. Reinhard Kauk kann sich vorstellen, dass durch eine andere Formulierung, z.B. durch Erweiterung des Gehwegs, das Problem zu lösen ist.

Bezüglich der Sanierung des Ehrenmals an der Kirche stellt der Bürgermeister dar, dass es sich hierbei um Eigentum der Kirche handle und folglich die Sanierung nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt. Der Ortsvorsteher weist auf ein Schreiben aus dem Jahr 1961 hin, in dem erklärt wird, dass das Ehrenmal damals der politischen Gemeinde gehörte. Winand Koch erklärt daraufhin, dass das unerheblich sei, da durch den Bau auf einem fremden Grundstück der Grundstückseigentümer Eigentum an dem Bauwerk erlangt. Der Ortsvorsteher betont, dass die Bedeutung und Nutzung des Ehrenmals politisch und nicht kirchlich sei. Von daher ergebe sich auch eine politische Verpflichtung dem Ehrenmal gegenüber.

Für die Instandhaltung der Spielplätze steht im Stadtgebiet ein Betrag von 75.000 € zur Verfügung. Daraufhin fragt Andreas Goldbach warum so viel Geld für Spielplätze im „Alten Dorf“ und in der DAG bereitgestellt wurden, aber nicht für eine Erweiterung des Freizeitangebots für Jugendliche von 12-16 Jahren in Niederklein. Winand Koch erwiderte, dass es sich bei den Spielplätzen um neue Spielplätze handelt. Auf dem Spielplatz im „Alten Dorf“, befinden sich keine Spielgeräte, so dass dieser auch als neu anzusehen ist. Der Bürgermeister verweist darauf, dass auch für die Neugestaltung der Spielplätze der allgemeine Topf vorgesehen ist. Er bittet um Konzeptvorschläge um eine Neugestaltung zügig in Gang zu bringen. Andreas Goldbach hingegen stellt dar, dass wenn ein Konzept vorhanden ist, wird die Entscheidung wieder auf das nächste Jahr verschoben, weil das Geld anderweitig benötigt wird. Er fordert eine Absichtsbekundung der Verwaltung für dieses Projekt. Der Ortsvorsteher geht nochmals auf die miserablen Zustände der Spielplätze ein. Vorallem die Zäune an beiden Spielplätzen seien sanierungsbedürftig. Auch die Sicherheit spiele dabei noch eine Rolle.

Maria März meint, je früher Interesse an den Geldern bekundet wird, desto mehr Geld ist auch für die Projekte da. Daraufhin fragt Reinhard Kauk, ob es der Verwaltung bekannt ist, dass eine Umgestaltung des Spielplatzes von einer Altersgruppe von 6-Jährige auf 12-16 Jährige vorgesehen ist. Frau März antwortet daraufhin, dass Herrn Hütten dies bekannt sei. Herr Dzuiba geht in diesem Zusammenhang auf die Bäume am Spielplatz „Taubenflug“ ein. Diese dürften nach Aussagen der Verwaltung nicht ohne Weiteres gefällt werden. Es wurden aber Bäume im Dorf gefällt, die ebenfalls auf städtischem Grund standen. Robert Botthof antwortete darauf, dass es sich dabei aber nicht um Eichen, sondern um Fichten handelte. Dies sei ein Unterschied. Auch der Bürgermeister

betonte, dass die Problematik ausführlich in der Stadtverordnetenversammlung besprochen wurde und dass klar wurde, dass die Bäume nicht einfach gefällt werden dürfen.

Bezüglich des Wegausbaus von der Straße „Am Taubenflug“ hoch zum Tennisheim waren laut Bürgermeister Somogyi im Haushalt 2006 Gelder vorhanden, die aber mangels Dringlichkeit wieder gestrichen wurden. Markus Becker wies aber darauf hin, dass sobald die anliegenden Grundstücke bebaut würden, der Trampelpfad hoch zum Tennisheim ersatzlos wegfielen, was negative Auswirkungen auf die gute Jugendarbeit des Tennisvereins haben könnte. Deshalb mache diese Maßnahme Sinn. Auch Winand Koch strich die gute Jugendarbeit des Tennisvereins heraus. Gerade deshalb sollte ein Weg entstehen, damit die Kinder ohne Probleme und größere Umwege zum Tennisverein gelangen. Es muss dabei nicht die Luxuslösung gefunden werden.

Im Hinblick auf die Erneuerung der Pi-Brücke über die Klein erklärt Herr Somogyi, dass die Bewertung des Ortsbeirates und der Verwaltung über die Dringlichkeit der Baumaßnahme auseinanderfallen. Deshalb seien im Haushalt 2013 keine Mittel dafür vorgesehen. Der Ortsvorsteher informierte die Anwesenden, dass bei einem Bau einer neuen Brücke lediglich eine schmalere Variante entstehen würde, da die Überquerung nicht mehr von Traktoren genutzt werde. Auf Nachfrage von Andreas Goldbach erklärten Hartmuth Koch sowie Bürgermeister, dass sich die Kosten auf ca. 20.000 € (inkl. der Folgekosten) belaufen würden. Nach Aussage des Ortsvorstehers hat die Stadt für, die von Pionieren errichtete Brücke, Pflege und Wartung übernommen.

Dem Wunsch des Ortsbeirates zur Erschließung eines neuen Baugebiets erteilt der Bürgermeister eine Absage, da vorrangig die vielen Baulücken innerhalb des Ortes bebaut werden sollen. Eine Bewerberliste mit Interessenten sei quasi nicht vorhanden. Winand Koch weist aber darauf hin, dass die Baulücken im Eigentum von privaten Eigentümern stehen und man diese nicht zum Verkauf zwingen könne. Diese Argumentation greife nur, wenn die Baulücken städtisches Eigentum wären. Ferner kann die Bewerberliste ja auch gerade deshalb so klein sein, da keine Grundstücke vorhanden sind. Im Zusammenhang dazu wird vom Ortsvorsteher vorgetragen, dass die Idee der Umgestaltung des jetzigen Hartplatzes in Baugrundstücke vom Ortsbeirat nicht verfolgt wird.

Bezüglich der Internetversorgung im Ort liegt die Zuständigkeit bei der Breitband-GmbH des Landkreises. Die Verlegung von Leerrohren im Straßenbereich bei anfallenden Bauarbeiten werden nicht verfolgt, da dies höhere Kosten erzeugen würde, als wenn die Internetversorgung zum späteren Zeitpunkt unter dem Gehweg verlegt würde. Auf Nachfrage des Ortsvorstehers stellt der Bürgermeister dar, dass das Gesamtprojekt nach Aussagen des Kreises einen Zeitraum von vier Jahren umfassen soll. Der Bürgermeister erklärte, dass Stadtallendorf zu einem frühen Zeitpunkt versorgt werden soll, da die Stadt den höchsten finanziellen Anteil trägt. Es soll aber jedenfalls an mehreren Stellen gleichzeitig gearbeitet werden. Daraufhin stellt Thomas Dzuiba fest, dass der

Partner des Breitband-GmbH, sowie die Rangfolge der Städte fraglich ist. Der Bürgermeister erklärt, dass eventuell eine Tochtergesellschaft der Telekom als Partner einsteigen könnte.

Winand Koch lenkt die Diskussion auf die LTE Technologie, da es bei einigen Bürgern Probleme mit dem Betreiber Vodafone gegeben hat. Maria März erklärt daraufhin, dass Kunden nicht mehr versorgt werden konnten, da die Nachfrage an LTE für Vodafone zu hoch sei. Die betroffenen Kunden erhalten aber ihr Geld zurück.

Ferner erklärt der Bürgermeister, dass die Stadt für einen Mannschaftstransporter und einen Anhänger der Feuerwehr Gelder zur Verfügung stellt. Des Weiteren gibt es beim Bürgerhaus ein Defizit von ca. 183.000 €, bei der Kegelbahn von ca. 4.900 €, beim Feuerwehrgerätehaus von ca. 43.000 € und beim Friedhof von ca. 21.000 €. Für den Kindergarten werden Zuschüsse von ca. 163.000 € gezahlt.

Anschließend dankt der Ortsvorsteher dem Bürgermeister, sowie Herrn Riedl für die Erläuterungen. Andreas Goldbach betont, dass er sich jedoch gewünscht hätte, dass die Umgestaltung des Spielplatzes explizit in den Haushalt aufgenommen wurde. Herr Riedl erklärt daraufhin, dass für nicht investive Bereich der Sammeltopf gilt. Maria März leuchtet dies jedoch nicht ein, da auch andere Spielplätze aufgeführt sind. Der noch nicht gebaute Spielplatz in der DAG sei hingegen nicht aufgeführt. Der Bürgermeister erwidert, dass es sich bei dem Spielplatz in der DAG um einen politischen Willen handle. Jedenfalls sei es für Nieder Klein egal, ob die Maßnahme explizit aufgelistet sei oder die Gelder aus dem Sammeltopf kommen.

TOP 4 Mitteilungen des Ortsvorstehers

Es gibt keine Mitteilungen.

TOP 5 Verschiedenes

a) Der Bürgermeister weist erneut darauf hin, dass er sich wünsche, dass der Ortsbeirat und die Verwaltung besser zusammenarbeiten. Er sage dies ausdrücklich allen Ortsbeiräten. Jedes Protokoll wird in der Verwaltung zur Kenntnis genommen und gelesen. Der Ortsvorsteher ist für den Bürgermeister der verlängerte Arm in den Ortsbeirat. Der Bürgermeister erwartet von seiner Verwaltung, dass eine Rückmeldung an den Ortsbeirat erfolgt. Wenn dann Fragen in der Verwaltung entstehen, sollen sich der Sachbearbeiter und der Ortsvorsteher zusammensetzen und über diese Fragen beraten. Sollte jedoch keine Rückmeldung erfolgen, hat der Ortsvorsteher, nach Ansicht des Bürgermeisters, die Aufgabe auf den jeweiligen Sachbearbeiter zuzugehen. Sollte dies dann immer noch nicht zum Erfolg führen, könne der Ortsvorsteher auch auf den Bürgermeister zugehen und ihm das Problem schildern. Bezüglich des Zeitraums erklärt der Bürgermeister, dass er sich zwei

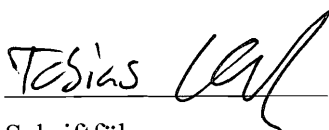
Monate für Rückmeldung vorstellt. Friedhelm Wieber schlägt vor, dass eine Liste mit offenen Punkten geführt werden soll, so dass am Ende des Jahres gesehen werden kann, was verwirklicht wurde und worauf es noch nicht einmal eine Rückmeldung gab. Der Bürgermeister antwortete, dass eine Realisierung immer schwer zu machen sei, da grundsätzlich keine Gelder im Haushalt vorhanden seien. Aber einer Realisierung im nächsten Jahr steht das nicht entgegen. Ferner dürfen auch bei solchen Thematiken die anderen Gremien nicht vernachlässigt werden. Winand Koch lobt den Bürgermeister dafür, dass er ein systematisches Verfahren vorschlägt, wie Verwaltung und Ortsbeirat effektiv zusammenarbeiten können. Der Ortsvorsteher führt aus, dass er wöchentlich in der Verwaltung sei, bisweilen sogar zwei mal pro Woche. Er mache sich Gesprächsnotizen, da er das für sinnvoll und notwendig erachtet. Sein persönlicher Gesprächsstil sei durch Kooperation und nicht durch Konfrontation geprägt. Für den Ortsvorsteher stellt sich dies als Dilemmasituation dar, da er einerseits dem Ortsbeirat Ergebnisse liefern will, aber andererseits die Sachbearbeitern nicht verärgern will. Der Bürgermeister kritisiert aber, dass von Sachbearbeitern berichtet wurde, dass Dinge mit dem Ortsvorsteher geklärt wurden. Er schlägt vor, Termine mit den Sachbearbeitern auszumachen, so dass auch tatsächlich Treffen stattfinden. Frank Richter erinnert jedoch daran, dass zuletzt am 14.11.2012 ein Antrag beschlossen wurde, was auch bereits vor über zwei Monaten war, der auch nicht beantwortet wurde. Der Bürgermeister erklärt, dass zuerst ein klare systematische und konsequente Regelung getroffen werden müsste. Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass viele Sachbearbeiter sehr viel zu tun hätten, so dass es verständlich sei, dass die Rückmeldung dauere. Außerdem will im Bezug auf den Vorschlag des Bürgermeisters nicht die Sachbearbeiter beim Bürgermeister „anschwärzen“. Nach Einschätzung des Bürgermeisters lässt sich dann aber das Problem nicht lösen. Winand Koch erläutert, dass es normal sei, dass Dinge verfolgt werden und, dass dies kein „anschwärzen“, sondern vielmehr ein normaler Vorgang sei. Daraufhin antwortet der Ortsvorsteher, dass er seine eigenen Mittel und Wege habe und diese nutzen will. Er will die Probleme auf der kommunikativen Ebene lösen und dabei seinen Stil nicht verlassen. Ein Gespräch mit dem Bürgermeister sei nur die letzte Möglichkeit. Friedhelm Wieber hingegen erklärt, dass ein klarere Fahrplan da sein muss und es das Recht des Ortsbeirates ist Rückmeldungen zu erhalten. Dies sei in der freien Wirtschaft genauso. Aus Sicht von Maria März müsse man sich aber damit begnügen, dass nicht immer eine Rückmeldung erfolgt. Hartmuth Koch sieht weiterhin Probleme, da Vorbehalte auf Seiten der Verwaltung sowie auf Seiten des Ortsbeirates bestehen. Der Ortsvorsteher muss daher vermittelnd wirken. Andreas Goldbach zieht das Fazit, dass der Ortsvorsteher den kooperativen Weg gehen will und dass es sinnvoll ist, Themen schriftlich dem Ortsbeirat vorzulegen und auf die Beantwortung durch die Verwaltung zu warten. Der Bürgermeister sieht keinen Unterschied zwischen der freien Wirtschaft und der Verwaltung, aber es

müsse immer eine Rückmeldung erfolgen. Erfährt der Bürgermeister nichts von den Problemen, stellt es sich für ihn als gute Zusammenarbeit dar.

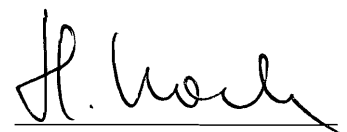
b) Des Weiteren erklärt der Ortsvorsteher, dass die Verwaltung bei Jubiläen bzw. Geburtstagen anders verfahren möchte. Der Bürgermeister stellt dar, dass es durch den demografischen Wandel finanziell und personell unmöglich wird ab dem 80. Geburtstag zu gratulieren und Orchideen zu überreichen. Im letzten Jahr wurden 12.000 € an Material ausgegeben und zusätzlich entstehen Personalkosten von einer bis zwei Stunden pro Gratulation. Friedhelm Wieber mahnt jedoch, dass man es nicht unterschätzen sollte, wie sehr ältere Menschen diese Geste schätze. Dabei könnten große Probleme entstehen.

c) Ferner trägt Tobias Koch eine eigene Anfrage vor, die dem Protokoll schriftlich als Anlage beigefügt wird. Diese Anfrage beschäftigt sich mit der Leerstandsproblematik im Bereich Mittelgasse/Schweinsberger Straße. Diesbezüglich sollen die Ergebnisse und Fortschritte mitgeteilt werden. Der Bürgermeister erklärt darauf, dass es Ergebnisse gab. Es waren Architekten vor Ort, die den Eigentümern Vorschläge zur Erhöhung der Attraktivität der Immobilien machten. Dabei wurden aber die Investitionen auf eine Million Euro geschätzt. Es gab aber keine Interessenten, die die Objekte zu diesen Preisen kaufen wollten. Das Ziel muss es jedoch sein freie Flächen zu schaffen, aber es gäbe zu wenige Menschen, die solche Objekte kaufen und anschließend umgestalten. Ferner sei dies vorrangig Sache der Eigentümer. Winand Koch meinte, dass dieses Thema öfter im Ortsbeirat besprochen werden sollte. Für ihn stehen die Eigentümer in der Verantwortung. Aber grundsätzlich müsse auch die Möglichkeit bestehen, dass alte Häuser abgerissen werden, ohne dass der Denkmalschutz Probleme macht. Die Idee der Architekten war nach Einschätzung des Ortsvorstehers gut, doch es gab vielschichtige Probleme, durch die vielen Eigentümer. Auch hier forderte Winand Koch, dass die Ergebnisse dem Ortsbeirat mitgeteilt werden. Friedhelm Wieber erwähnt, dass sich das Problem vielleicht von selbst löst, wenn der Denkmalschutz seine Statuten überdenkt. Denn der Denkmalschutz steht in der Verantwortung, dass die Ortskerne nicht verfallen, was insbesondere durch die viele Auflagen und die hohen Kosten erfolgt. Der Bürgermeister sieht zudem ein Problem darin, dass solange über die Objekte gesprochen wird, die Eigentümer die Grundstücke nicht verkaufen, da die Preise steigen. Zuletzt merkt Thomas Dzuiba an, dass man die Ergebnisse verfehlter Denkmalschutzpolitik bei einem Gebäude an der B 62 kurz vor Lehrbach sehen kann.

Hartmuth Koch schließt die Sitzung um 22:06 Uhr.


Tobias Koch

Schriftführer


H. Koch

Ortsvorsteher